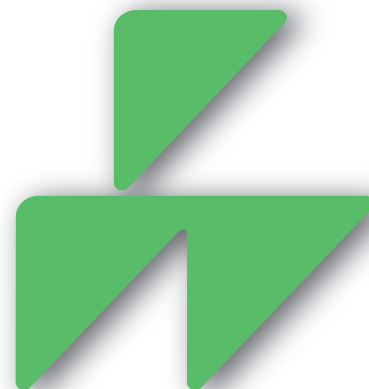


VERSORGUNGS WIRTSCHAFT

Monatszeitschrift für Betriebswirtschaft,
Wirtschaftsrecht und Steuerrecht der Elektrizitäts-,
Gas- und Wasserwerke

7/2011



Seit 1949 aktuelle Informationen für Versorgungsunternehmen.

63. Jahrgang

INHALT

Unternehmensverträge und aktuelle Aspekte steuerlicher Organschaften zwischen kommunalen Unternehmen

– von RA/StB Eike Christian Westermann und RA/StB Stefan Maier, Düsseldorf – 169

Die Buchführungspflichten von Regiebetrieben im Lichte der kommunalen Doppik

– von Dipl.-Bw. (FH) / Dipl.-Vw. / Dipl.-Hdl. Martin Kronawitter, Untergriesbach – 174

Wirtschaftsrecht

Gesetzgebung / Anweisungen / Hinweise

Wasserrecht

• Novellierte Trinkwasserverordnung tritt am 1.11.2011 in Kraft 180

EEG

• Keine Anpassung der Vergütung von Photovoltaikanlagen zum 1. Juli 2011 180

• IDW-Prüfungsstandard: Prüfungen nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (IDW PS 970) neugefasst 180

Rechtsprechung

Energiewirtschaftsrecht

• Zur Frage von Sachzeitwert und Ertragswert beim Netzkaufpreis
– Hinweis- und Beweisbeschluss des OLG Koblenz vom 11.11.2010 – U 646/08.Kart – 181

• Analoge Mehrerlösabschöpfung im System der Anreizregulierung
– Beschluss des OLG Düsseldorf vom 6.4.2011 – VI-3 Kart 133/10 (V) – 184

Steuerrecht

Gesetzgebung / Anweisungen / Hinweise

Körperschaftsteuer

• Verpachtung eines Betriebes gewerblicher Art; Entgeltlichkeit der Verpachtung
– Verfügung der OFD Niedersachsen vom 13.1.2011 – S-2706 – 290 – St 241 – 187

Körperschaftsteuer / Umsatzsteuer

• Wettbewerbsgleichheit zwischen kommunalen und privaten Anbietern im Bereich der Abfallentsorgung 188

Grunderwerbsteuer

• Verkauf von selbst erschlossenen Grundstücken durch die Gemeinde, Erschließungsbeiträge
– Verfügung der OFD Münster vom 15.2.2011 – S-4521 – 27 – St 24 – 35 – 188

Rechtsprechung kompakt

• FG Köln: Keine Besteuerung von Einnahmen einer Gemeinde aus dem Betrieb einer Tiefgarage
– Urteil vom 16.12.2010 – 10 K 4108/09 – 189

Arbeitsrecht

• Unwirksamkeit auch der mehrgliedrigen CGZP-Tarifverträge 190

• Unterlassen eines betrieblichen Eingliederungsmanagement (BEM) »kündigungsneutral«, wenn der Arbeitnehmer BEM nicht zustimmt 190

• Private Dienstwagenutzung bei Arbeitsunfähigkeit 190

Buchbesprechungen

191

Im Focus – mehr auf www.vw-online.eu

Auf dieser Seite erhalten Sie Praxistipps und erste Hinweise zu Informationen, die in vielen Fällen auf unserem Online-Portal vertieft bzw. ergänzt werden. Geben Sie dort in die Suchmaske einfach die zu den einzelnen Hinweisen angegebene Dokumentennummer ein.

Wenn auch Sie interessante Neuigkeiten für unsere Leser haben, freuen wir uns auf Ihre Nachricht.

Übergang der Grundversorgung

Regionalversorger R und Stadtwerke S gründen eine gemeinsame Gesellschaft X. Regionalversorger R ist Grundversorger im Netzgebiet. Die Parteien stellen sich vor, dass die Grundversorgung »übergehen« soll. Dazu sollen die Kunden »verkauft« werden. Geht das? Und wie kann man das Gewollte ggf. gestalten?

Dazu der Praxistipp von RA Michael Brändle

mehr ==> DokNr. 11000571

Bundesverwaltungsgericht: Kein Schadensersatz einer Gemeinde, wenn dem Finanzamt bei der Gewerbesteuererhebung ein Fehler unterläuft

Das Bundesverwaltungsgericht (BVerwG) hat mit Urteil vom 15.06.2011 (Az. 9 C 4.10) entschieden, dass einer Gemeinde gegen das Land wegen Fehlern des Finanzamts bei der Gewerbesteuererhebung kein Schadensersatzanspruch zusteht. Es stehe mit der Verfassung im Einklang, dass ein solcher Anspruch nicht aus dem Rechtsinstitut der Folgenbeseitigung abgeleitet werden kann.

Das zuständige Finanzamt hatte – auf Anregung des Finanzgerichts – einen Gewerbesteuermessbescheid wegen eines Adressierungsfehlers für nichtig erklärt. Daraufhin musste die Gemeinde den Gewerbesteuerbescheid über rund 350.000 Euro gegen das steuerpflichtige Unternehmen aufheben. Die auf Ersatz des Gewerbesteuerausfalls gerichtete Klage war in den Vorinstanzen erfolglos geblieben. Das BVerwG hat die Revision zurückgewiesen.

Nach der Entscheidung des BVerwG ergebe sich ein Anspruch nicht aus dem Rechtsinstitut der Folgenbeseitigung. Steuerrechtliche Vorschriften verliehen der Gemeinde gegenüber dem Finanzamt keinen Anspruch auf Erlass eines Gewerbesteuermessbescheides, weshalb auch ein Ersatzanspruch in Geld ausscheidet.

Diese Rechtslage verstoße nicht gegen Verfassungsrecht, so das BVerwG weiter. Das den Gemeinden durch Art. 28 Abs. 2 GG gewährleistete Selbstverwaltungsrecht werde nicht verletzt. Art. 106 Abs. 6 Satz 1 GG verbürge einer Gemeinde die Erträge aus der Gewerbesteuer, nicht die Steuer in einer bestimmten Höhe. Ein einem privatrechtlichen Auftragsverhältnis ähnliches öffentlich-rechtliches Schuldverhältnis liege nicht vor, weil die Landesfinanzverwaltung mit ihrer Mitwirkung bei der Gewerbesteuererhebung eigene gesetzliche Kompetenzen ausübe.

DokNr. . 11001042

Abschreibung von Windparks höchstrichterlich entschieden

Der Bundesfinanzhof (BFH) hat mit Urteil vom 14.04.2011 – IV R 46/09 zur Abschreibung von Windparks Stellung genommen.

Danach besteht ein Windpark aus mehreren selbstständigen Wirtschaftsgütern, die aber einheitlich abzuschreiben sind. Als jeweils selbstständige Wirtschaftsgüter gelten:

- jede einzelne Windkraftanlage bestehend aus Turm, Rotor und Generatorgondel einschließlich aller mechanischen und elektrischen Bauteile mit dem dazu gehörenden Transformator und der beide verbindenden Niederspannungsverkabelung,
- die mehrere Windkraftanlagen verbindende Mittelspannungsverkabelung einschließlich der Übergabestation zum Hochspannungsnetz,
- die Zuwegung.

Wegen der technischen Abstimmung aufeinander und der einheitlichen Bau- bzw. Betriebsgenehmigung hält der BFH eine einheitliche Nutzungsdauer für sachgerecht. Sie richtet sich nach der Nutzungsdauer der Windkraftanlagen, die den Windpark prägen. In den entschiedenen Fällen war diese Nutzungsdauer abhängig vom Jahr der Errichtung 12 bzw. 16 Jahre.

mehr ==> DokNr. 11001039

BVerwG: Stromintensiv produzierende Unternehmen bekommen für Jahr der Produktionsaufnahme keine EEG-Stromkostenentlastung

Stromintensiv produzierende Unternehmen können nach dem Gesetz für den Vorrang Erneuerbarer Energien (EEG) in der von 2004 bis 2008 geltenden Fassung für das Jahr der Produktionsaufnahme noch keine Entlastung von den Mehrkosten des Stroms aus erneuerbaren Energien beanspruchen. Das hat das Bundesverwaltungsgericht mit Urteil vom 31.05.2011 – 8 C 52.09 entschieden. Es stellt klar, dass die gesetzliche Regelung die Entlastung an den Nachweis der Anspruchsvoraussetzungen für das letzte abgeschlossene Geschäftsjahr vor Ablauf der Antragsfrist knüpft. Denn die einzelnen Unternehmen sollten nur auf einer verlässlichen Datengrundlage privilegiert werden.

mehr ==> DokNr. 11001041